



EAK  
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG  
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION  
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

AGDF und EAK  
Endenicher Straße 41  
53115 Bonn  
Tel./Fax: 0228 24999-0/-20

agdf@friedensdienst.de

### **AGDF und EAK fordern klare Positionierung der EKD gegen Militäreinsatz in Syrien**

Die Vorstände der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) unterstützen die eindeutige Stellungnahme des EKD-Friedensbeauftragten und Leitenden Geistlichen der Bremischen Ev. Kirche, Pastor Renke Brahm, als hervorragendes Positionspapier ausdrücklich.

Ausgehend von der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) warnt der Friedensbeauftragte des Rates in seiner Stellungnahme<sup>1</sup> „Die Kriterien für einen Einsatz sind nicht erfüllt“ vom 2. Dezember 2015 vor einem militärischen Eingreifen in Syrien, das nach allen Erfahrungen in der Konsequenz die Probleme potenziere und keine belastbaren Erfolgsaussichten habe. Darum setze er auf politische Verhandlungen, den geduldigen Weg politischer Überzeugungsarbeit und zivilgesellschaftliches gewaltfreies Engagement.

Mit Renke Brahm gelten unsere Solidarität und unser Mitgefühl den Angehörigen der Opfer in den vielen Orten, in denen Opfer des Terrorismus zu beklagen sind, und der Opfer von Krieg.

In den Kirchen wird der Einsatz der Bundeswehr derzeit kontrovers beurteilt. Die Vorstände von AGDF und EAK fordern daher die EKD und ihre Gliedkirchen, soweit sie sich bisher nicht positioniert haben, auf, sich der Stellungnahme des Friedensbeauftragten anzuschließen und somit von Seiten der Evangelischen Kirche eine klare und eindeutige Orientierung zu bieten.

Zur Beteiligung Deutschlands am Kriegseinsatz u.a. in Syrien, den der Deutsche Bundestag auf Bitte Frankreichs in Folge der Terroranschläge in Paris beschlossen hat, stellen die Vorstände von EAK und AGDF fest:

Das militärische Eingreifen neuer Staaten bedeutet eine weitere Eskalation der Gewalt mit vielen weiteren zivilen Opfern und führt nach bisheriger Erfahrung zu einer Stärkung des islamistischen Terrorismus in der Region.

Terroristen sind mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen, dem IS-Terror müssen seine Grundlagen (Finanzen, Waffen, Ideologie, Zulauf) entzogen werden.

Deutschland trägt wie andere westlichen Staaten eine Mitschuld an den Ursachen des Terrors. Notwendig sind ein Verbot von Rüstungsexporten, Mittel gewaltfreier Konflikttransformation sowie langfristige Strategien für mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit.

---

<sup>1</sup> <http://static.evangelisch.de/get/?daid=X1sFZB7rTZwZCp4HHwXr1eeW00130939&dfid=download>